

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 23. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. September 2006, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Ingrid Franzen (SPD)

in Vertretung von Hans Müller

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Susanne Herold (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht über die 15. BSPC in Reykjavik	4
Berichterstatterin: Astrid Höfs	
2. Nordseekooperation: Potenzial und Strukturen	7
Berichterstatter: St Dr. Schmidt-Elsaesser	
3. Bericht über die Mitgliedschaft Schleswig-Holsteins im Rat der Gemeinden und Regionen Europas	11
Berichterstatterin: Ingrid Franzen	
4. Abschlussbericht der dänisch-deutschen Arbeitsgruppe zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität	12
Berichterstattung durch die Landesregierung	
5. Masterplan für den Norden	15
Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/653	
6. Nutzung des EU-Programms Marco Polo II (2007 - 2013)	16
Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/861	
7. Weiterentwicklung der EU-Programme für ländliche Räume, Umwelt und Landwirtschaft	17
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/826	
8. Ostseebericht der Landesregierung	18
Drucksache 16/890 hierzu: Umdruck 16/937	

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht über die 15. BSPC in Reykjavik

Berichterstatterin: Astrid Höfs

Zur Ostseeparlamentarierkonferenz in Reykjavik führt die Vorsitzende, Abg. Höfs, aus, für den Schleswig-Holsteinischen Landtag hätten außer ihr die Abgeordneten Manfred Ritzek, Karl-Martin Hentschel, Anke Spoorendonk und Dr. Eckehard Klug teilgenommen.

Die Tagung sei insgesamt sehr interessant gewesen. Als Themen seien die parlamentarische Dimension in der Ostseeparlamentarier-Konferenz, Meerespolitik und Meeresumweltschutz und die EU-Politik der nördlichen Dimension diskutiert worden. Zu den Themen habe man jeweils diskutiert.

Ein zentraler Aspekt der parlamentarischen Dimensionen der Ostseeparlamentarier-Konferenz habe darin bestanden, dass in Zukunft auch konkretere Themen diskutiert werden sollten. Die Parlamentarier sollten ihre Kompetenzen verstärkt nutzen und auch von den jeweiligen Regierungen stärker Berichte einfordern, um das Regierungshandeln zu kontrollieren. Darüber hinaus seien Energiethemen und die Eutrophierung der Ostsee besprochen worden.

Die Vorsitzende berichtet weiter, Abg. Spoorendonk habe darauf hingewiesen, dass Schleswig-Holstein eine aktive Rolle bei der Minderheitenpolitik spielen könne, da in Schleswig-Holstein einige Minderheitenorganisationen aktiv seien.

Auf der nächsten BSPC in Berlin im August 2007 sollten die Schwerpunkte EU-Meerespolitik, Arbeitsmarktpolitik sowie Bildungs- und Sozialpolitik erörtert werden.

Die deutsche Seite habe sich erfolgreich dafür eingesetzt, bei der Ostseeparlamentarierkonferenz eine Arbeitsgruppe zu integrierter Meerespolitik einzusetzen. Darüber hinaus habe man versucht, die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme zum EU-Grünbuch zur Meerespolitik zu verlängern. Dies habe jedoch nicht alles in die Resolution aufgenommen werden können

Ein weiterer zentraler Punkt der Diskussion sei der Bau einer Gaspipeline durch die Ostsee gewesen. Man habe in der Resolution verhindern können, dass der Wunsch sämtlicher Ostseeanrainerstaaten Berücksichtigung fand, bei dem Bauvorhaben konsultiert zu werden.

Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, dem Meeresumweltschutz mehr Beachtung zu schenken, sei es zu begrüßen, dass die HELCOM-Konferenz im kommenden Jahr Umwelt- und Landwirtschaftsminister zugleich einladen wolle.

Die nördliche Dimension erfülle eine Klammerfunktion zwischen den nördlichen Ostseeanrainerstaaten und Russland. Mit europäischen Mitteln könnten viele Projekte verwirklicht werden, zum Beispiel sei die Abwassersituation in Sankt Petersburg verbessert worden. Die Vertreterin des Europäischen Parlaments habe die Sinnhaftigkeit noch einmal unterstrichen. Von russischer Seite sei dies jedoch kritischer gesehen worden.

Abg. Ritzek schließt sich den Ausführungen von Abg. Höfs an. Zum Thema Gaspipeline führt er aus, es gebe dabei einen wirtschaftlichen und einen umweltpolitischen Aspekt. Im Hinblick auf die Befürchtung der Kontamination der Ostsee durch eine Beschädigung der Gaspipeline durch alte Kriegsmunition habe St Thönnnes zielführend in die Diskussion eingreifen können, indem er darauf hingewiesen habe, dass beim Bau der Pipeline Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden müssten. Die Vielfältigkeit der im Ostseeraum tätigen Organisationen erfordere insgesamt, sich auf bestimmte Aufgaben zu konzentrieren, um Gehör zu finden. Das Ergebnis der Konferenz spiegele sich gut in der beschlossenen Resolution wider und gebe die Möglichkeit, im kommenden Jahr aktiv zu werden und mit den Regierungen etwas in die Wege zu leiten.

Abg. Fischer regt an, eine Diskussion über die weitere Zielsetzung der Konferenz zu führen. Die Konferenz sei das Sprachrohr der Parlamentarier im Ostseeraum. Es sei jedoch keine parlamentarische Versammlung, die Beschlüsse hätten keine Verbindlichkeit und die Konferenz sei durch jeweils unterschiedliche Besetzungen gekennzeichnet. Eine Kontrolle, welche Beschlüsse in den regionalen Parlamenten umgesetzt worden seien, sei notwendig. Schleswig-Holstein müsse sich Gedanken darüber machen, wie man mehr Verbindlichkeit schaffen könne.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Resolution auf die Tagesordnung einer der nächsten Landtagssitzungen zu setzen und dazu auch einen Beschluss zu fassen, um selbst aktiv zu werden.

Abg. Spoorendonk unterstützt dieses Anliegen und hebt die Wichtigkeit der Umsetzung vor Ort hervor. Sie lobt die straffe Organisation der Konferenz und betont, dass es wichtig sei, die

Resolution im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu beschließen und die Umsetzung der Beschlüsse zu evaluieren.

Der Ausschuss kommt überein, die Resolution auf die Tagesordnung einer der nächsten Landtagssitzungen zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Nordseekooperation: Potenzial und Strukturen

Berichterstatter: St Dr. Schmidt-Elsaëber

St Dr. Schmidt-Elsaëber führt aus, man habe sich aufgrund der kurzfristig erfolgten Anfrage des Europaausschusses dazu entschieden, von einer Ressortsabfrage abzusehen. Er weist zudem auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom Mai 2005 hin, in der dieser betont habe, Ostsee- und Nordseekooperation seien darauf ausgerichtet, den Aufbau neuer Wirtschaftsbeziehungen zu unterstützen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Schleswig-Holstein habe als Land zwischen den Meeren Interessen, die weit über den Naturschutz hinausgingen. Das Land sei als Drehscheibe des Handels auf den Hamburger Hafen und den Seeverkehr auf Nord- und Ostsee angewiesen. Dies schlieÙe auch Landwege wie die feste Fehmarnbelt-Querung und die Elbquerung westlich von Hamburg mit ein. Die Kooperationsinteressen Schleswig-Holsteins im Nordseeraum könnten nicht mit den Interessen im Ostseeraum verglichen werden. In manchen Bereichen bestehe dennoch eine auffallende Ähnlichkeit. Die Ausgangsbedingungen sähen im Nordseeraum anders aus als im Ostseeraum. So fehle in der Nordsee ein organisatorischer Überbau. Es gebe lediglich die Nordsee-Umweltministerkonferenz oder die Nordseekommission, die eine regionale Untergliederung der Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas sei und das Problem habe, dass die einzelnen regionalen Akteure nur über begrenzte Kompetenzen verfügten und hinreichend handlungsfähige Ansprechpartner auf substaatlicher Ebene häufig fehlten. Schleswig-Holstein werde in diesem Gremium durch das Europaministerium vertreten. Eine weitere Organisation in diesem Zusammenhang sei die trilaterale Wattenmeerkoooperation, die auf den Schutz des Wattenmeeres ziele und bei der die Niederlande, Dänemark und Deutschland beteiligt seien. Es gebe darüber hinaus noch Foren, die auf Kreis- beziehungsweise regionaler Ebene zusammenarbeiteten.

Abgesehen von der nordischen Zusammenarbeit zwischen Dänemark, Schweden und Norwegen gebe es keine kulturelle und sozioökonomische Orientierung der Anrainerstaaten aufeinander. Die Situation im Ostseeraum dagegen sei durch die politischen Umbrüche in den baltischen Staaten und die EU-Nord- sowie die EU-Osterweiterung geprägt.

Zum Außenhandel im Bereich der Nordsee führt St Dr. Schmidt-Elsaëber aus, dieser habe sich erfreulich entwickelt. Der Gesamtexport sei in den vergangenen drei Jahren stark gestie-

gen, ebenso wie der Gesamtimport. Der Nordseeraum halte im Vergleich der letzten Jahre einen kontinuierlichen Anteil von rund 25 % bei den Ausfuhren und etwa 35 % bei den Einfuhren. Unter den Handelspartnern im Nordseeraum sei besonders Großbritannien im Hinblick auf die Exporte hervorzuheben, die in den beiden letzten Jahren jeweils ein Volumen von 1,79 Milliarden € umfasst hätten. Auf dem zweiten und dritten Platz lägen die Niederlande beziehungsweise Dänemark. Bei den Importen hätten die Niederlande im Jahr 2005 einen Sprung auf 2,48 Milliarden € gemacht und damit Dänemark und Großbritannien überholt.

Im Hinblick auf die Interessen und Kooperationen im Nordseeraum müsse man in Schleswig-Holstein nicht bei Null anfangen. Es gebe einige gute Beziehungen nach Norden, zum Beispiel durch die Partnerschaft mit Süddänemark.

Aus der Mitgliedschaft in der Nordseekommission habe sich für Schleswig-Holstein die Möglichkeit zu mehreren Kontakten ergeben, zuletzt zu Norwegen und den Niederlanden.

Das aktuelle INTERREG-III-B-Projekt fördere seit 2001 circa 70 multilaterale Projekte mit einem Programmvolumen von 137 Millionen € und solle in der kommenden Förderperiode von 2007 bis 2013 als neues Ziel-III-Programm fortgesetzt werden. Schleswig-Holstein sei an 17 Projekten mit einem Fördervolumen von insgesamt 19,5 Millionen € beteiligt. Auch strategisch bedeutsame Projekte wie die Küstenschutzprojekte COMRISK und safecoast hätten sich daraus entwickelt. Als weitere Projekte seien ProBioEnergy, SITRANET oder die Maritime Safety Umbrella Operation, an denen jeweils mehrere Partner beteiligt seien, zu nennen.

Auch das Schleswig-Holstein Musikfestival mit den Themenschwerpunkten England im vorigen Jahr und den Niederlanden in diesem Jahr habe zu wirtschaftlichen Kontakten beigetragen, da zu den jeweiligen Themenkonzerten Vertreter von Unternehmen der entsprechenden Länder eingeladen werden konnten.

Zum Bereich der Städte-, Hochschul-, und Schulpartnerschaften führt St Dr. Schmidt-Elsaëber aus, diese seien qualitativ sehr unterschiedlich. Ob die Möglichkeit bestehe, Zugänge zu Orten und Regionen über diese Programme zu erhalten, müsse im Einzelfall entschieden werden. Die letzte Datenerhebung stamme aus dem Jahr 2001 und zeige 51 Städtepartnerschaften im Nordseeraum und 50 Hochschulpartnerschaften. Insgesamt gebe es darüber hinaus ungefähr 190 Schulpartnerschaften im Nordseeraum auf. Die wenigsten Kontakte bestünden in allen drei Bereichen mit den Niederlanden. Auch in kultureller Hinsicht gebe es wenige oder keine Veranstaltungen gemeinsam mit den Niederlanden oder Großbritannien.

Zu den weiteren ausstehenden Handlungsschritten für die Kooperation im Nordseeraum weist St Dr. Schmidt-Elsaëßer besonders auf die verbindenden Wirtschafts- und Transportinteressen im Norden hin. Diese müssten stärker in die Partnerschaften Schleswig-Holstein eingebunden werden. Zwingende Voraussetzung sei eine Verständigung mit der neuen dänischen Region Süddanmark. In Richtung Südwesten müssten verstärkt Kontakte in die Niederlande aufgebaut werden. Das Projekt einer westlichen Elbquerung könne zu einer besseren Verkehrsanbindung von Schleswig-Holstein mit den Niederlanden führen. Die geringen Anstrengungen Niedersachsens im Hinblick auf den Ausbau der Verkehrsbeziehungen zu den Niederlanden müssten bedauerlicherweise als Totalausfall gewertet werden. Dies könne jedoch auch eine Chance für Schleswig-Holstein darstellen, sich zu positionieren.

Die beiden INTERREG-Programme für Nord- beziehungsweise Ostsee müssten stärker als bisher in Schleswig-Holstein zusammengeführt werden und intensiver für die Generierung von für Schleswig-Holstein wichtigen Projekten genutzt werden. Ein erster Schritt werde die Zusammenlegung der Zuständigkeit für die INTERREG-Programme beim Ministerium für Arbeit, Justiz und Europa sein. Es müssten zudem verstärkt Kontakte zu relevanten Institutionen in anderen Nordsee-Anrainerstaaten gesucht werden, die über andere Foren nicht erreicht werden könnten. Dies könne in Feldern wie Biotechnologie, Energie, maritime Wirtschaft, Transport, Logistik, Gesundheit, Wirtschaft und Tourismus geschehen.

Darüber hinaus müsse eine stärkere Verzahnung in essentiellen Schleswig-Holstein-Themen gesucht – werden. Beispiele seien hier der Meeresumweltschutz, die Schiffssicherheit und intermodale Logistikketten, also den Umschlag von Land auf See. Hier könnten auch die Nordseekommission und die KPKR stärker genutzt werden.

Es sei bislang nicht gelungen, intensive und fruchtbare Kontakte nach Großbritannien zu knüpfen. Einen Ansatzpunkt könnten möglicherweise regionale Verbindungsbüros englischer Regionen in Brüssel bieten. Zum Abschluss weist er darauf hin, dass intensive Zusammenarbeit nicht das Ziel verfolge, zur Stärkung der Ost- oder Westküste Schleswig-Holsteins beizutragen, sondern eine strategische Ausrichtung des Gesamtlandes darstelle. Dabei könne Kooperation durchaus auch auf dem Landweg erreicht werden.

Abg. Fischer begrüßt die strategische Ausrichtung der Landesregierung, plädiert aber dafür, genau diese strategische Ausrichtung verstärkt zu diskutieren. Der Vergleich mit der Ostsee-Kooperation könne nicht gezogen werden, die Nordseezusammenarbeit müsse ein stärkeres eigenes Profil entwickeln. Wichtig sei in dieser Hinsicht auch zu berücksichtigen, dass ein geringerer prozentualer Anstieg in den Handelsbeziehungen mit Nordsee-Anrainerstaaten in absoluten Zahlen einen größeren Anstieg als in der Ostsee bedeute. Deshalb dürfe die Nord-

see nicht nur als Umweltraum oder maritimer Raum gesehen werden, sondern müsse auch als wichtiger Wirtschaftsraum Beachtung finden.

Abg. Ritzek pflichtet ihm bei und betont die Bedeutung von Marketingstrategien. Die Ostseeregion sei in der Wahrnehmung deutlich präsenter als die Nordseeregion. Dennoch gebe es auch in der Nordsee zahlreiche Arten der Kooperation, die schon zur Normalität gehörten. Auch diese Formen der Kooperation müssten deutlich hervorgehoben werden.

St Dr. Schmidt-Elsaesser weist darauf hin, dass auch in der Entwicklung der Ostseekooperation einige Zeit vergangen sei, um zum heutigen Stand zu gelangen. Im Bereich der Nordseekooperation reiche die Zusammenarbeit mit Norwegen, Dänemark und Schweden nicht aus. Es sei erforderlich, auch Großbritannien und die Niederlande stärker einzubinden. Er pflichtet den Abgeordneten in der Ansicht bei, dass nur die absoluten Zahlen die große Bedeutung des Nordseeraums zeigen würden.

Abg. Spoorendonk weist darauf hin, dass die Kooperation im Nordseeraum nicht nur aus umweltpolitischer oder wirtschaftspolitischer Sicht gesehen werden dürfe, sondern auch eine kulturelle Komponente beinhalte. Die trinationale Wattenmeerkonferenz in ihren Möglichkeiten müsse stärker von Schleswig-Holstein genutzt werden.

Abg. Fischer betont den regionalen Aspekt der Nordseekooperation, bei dem auch die Landesparlamente eine Rolle spielen könnten. Kooperation müsse auch auf regionaler und lokaler Ebene mit anderen Landesparlamenten gemeinsam formuliert werden. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit sei noch sehr wenig entwickelt.

Abg. Hamerich knüpft an die Ausführungen des Abg. Ritzek an und spricht die geringe öffentliche Wahrnehmung der Nordseekooperation an. Nordseekooperation bedeute auch, sich ein Beispiel an wirtschaftlich erfolgreichen EU-Ländern zu nehmen, zum Beispiel an Irland.

St Dr. Schmidt-Elsaesser weist darauf hin, dass bei INTERREG III B 25 % der Projekte in Schleswig-Holstein begleitet worden seien. Die Öffentlichkeitsarbeit müsse ausgebaut werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht über die Mitgliedschaft Schleswig-Holsteins im Rat der Gemeinden und Regionen

Berichterstatteerin: Ingrid Franzen

Abg. Franzen stellt die geschichtliche Entwicklung und den Aufbau und die Aufgaben des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), Umdruck 16/1155 vor. Außerdem berichtet sie über den von ihr besuchten 23. Europatag des Rats der Gemeinden und Regionen Europas in Innsbruck. Sie stellt unter anderem fest, aufgrund der städtischen Ausrichtung dieser Veranstaltung sei eine häufigere Teilnahme von Landesparlamentariern nicht notwendig.

Darüber hinaus habe sie in der ersten Jahreshälfte die Vollversammlung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE), des Arbeitsgremiums des RGRE, besucht, die einmal im Jahr einberufen werde und mit dem Ausschuss der Regionen kooperiere.

Sie hebt hervor, dass dieses Forum durchaus Chancen für Schleswig-Holstein biete, sich im Bereich Ostsee und Nordsee zu positionieren. Für Schleswig-Holstein könne zum Beispiel interessant sein, dass in Sankt Petersburg ein Zentrum für föderative grenzüberschreitende Zusammenarbeit gegründet werden solle. Sie habe außerdem die Chance genutzt, im Zusammenhang mit den Problemen der Zwangsprostitution im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft auf die deutsche Aktion mit der „Roten Karte für Zwangsprostitution“ hinzuweisen.

Abg. Franzen bietet dem Ausschuss an, ihre Arbeit im Rat der Gemeinden und Regionen Europas mit dem Europaausschuss abzustimmen, Tagesordnungen den Ausschussmitgliedern zuzuleiten und zu beraten.

Auf eine Nachfrage der Vorsitzenden führt Abg. Franzen aus, sie sei dem Ausschuss für Nachhaltigkeit im Rat der Gemeinden und Regionen zugewiesen worden. Die Ausschüsse hätten eine beratende Funktion.

Abg. Spoorendonk begrüßt das Angebot der Abg. Franzen, sich mit dem Europaausschuss abzustimmen. Sie regt an, auch von der deutschen Delegation im Europarat einen Bericht über deren Arbeit zu erhalten. Man müsse alle Einflussmöglichkeiten nutzen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Abschlussbericht der dänisch-deutschen Arbeitsgruppe zur Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität

Berichterstattung durch die Landesregierung

AL Musiolek aus dem Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa informiert über den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe, die anlässlich des 50. Jahrestages der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen am 29. März 2005 durch den damaligen Bundeskanzler Schröder und den dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen als gemeinsame Arbeitsgruppe unter der Leitung von zwei persönlichen Beauftragten eingesetzt worden sei. Diese Arbeitsgruppe habe den Auftrag erhalten, die Anstrengungen zum Abbau bestehender sozialer und arbeitsmarktbezogener Hemmnisse für Grenzpendler zu intensivieren. Als persönliche Beauftragte seien Franz Thönnies und Kim Andersen benannt worden. Der Abschlussbericht sei am 2. Februar 2006 vorgelegt worden. Er enthalte 16 Einzelvorschläge, die sich überwiegend auf rechtliche Fragen bezögen. Es gebe eine Vielzahl von Adressaten und Akteuren, die für die Umsetzung der Vorschläge wichtig seien, zum Beispiel die Bundesagentur für Arbeit, das Bildungsministerium, die dänische Regierung und andere. Ein Beispiel für die Umsetzung der Vorschläge sei die Einrichtung zentraler Anlaufstellen sowohl auf dänischer als auch auf deutscher Seite, die für steuerliche Fragen von Grenzpendlern zur Verfügung stünden. Aufgabe der Berater sei neben einer allgemeinen Beratung auch die Vermittlungsfunktion. Ziel sei der Aufbau eines kompetenten Beratungsnetzwerks.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt in der Grenzregion Syddanmark/Schleswig sei von deutlichen Unterschieden geprägt. Es sei im beiderseitigen Interesse, die grenzüberschreitende Mobilität zu fördern. Die größten Hemmnisse im Hinblick auf grenzüberschreitende Mobilität seien so genannte weiche Hemmnisse, zum Beispiel fehlende Kenntnisse des Arbeitsmarktes im Nachbarland, unzureichende Sprach- und Kulturkenntnisse, und ähnliches. Es sei besonders begrüßenswert, dass es nun verstärkt Anstrengungen gebe, die bestehenden Hemmnisse für Grenzpendler zu verringern. Ziel müsse sein, die Durchlässigkeit der Systeme für Grenzpendler auf beiden Seiten zu erhöhen.

Die Arbeitsgruppe habe in ihrem Abschlussbericht besonders auf rechtliche und versicherungsrechtliche Aspekte hingewiesen. Die Empfehlungen zielten vielfach auf die Verbesserung von Informationen über bestehende Rechtslagen ab.

In der deutsch-dänischen Grenzregion selbst gebe es vielfältige Ansätze und Aktivitäten, um zu einem größeren Miteinander der dort lebenden Menschen zu kommen. Dabei sei insbesondere die Arbeit der EU-Initiative EURES mit dem Ziel, die geografische und berufliche Mobilität flankierend zu unterstützen, zu nennen. Aus dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ werde zudem seit Mitte des Jahres 2001 das Projekt GRAMARK gefördert. Der Ansatz dieses Projekts sei auf die Ermittlung freier Arbeitsplätze in der Grenzregion und die Unterstützung bei der Besetzung dieser Stellen ausgerichtet.

Ein weiteres Vorhaben in diesem Zusammenhang sei das aus INTERREG-III-A-Mitteln geförderten Projekts sei, die Grenze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber durchlässiger zu machen und die Anzahl der Grenzpendler zu erhöhen. Die Einrichtung des Infocenters Grenze zeige deutlich, dass es im Bereich des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes Syddanmark/Schleswig keinen Stillstand gebe. Mit den Aktivitäten in der Region seien Anstöße gegeben worden, um bestehende Hemmnisse zu vermindern. Es gebe sowohl das Interesse an der Arbeitsaufnahme im jeweiligen Nachbarland als auch Informationsbedarf. Die Informationsangebote der verschiedenen Projekte würden intensiv genutzt. Es sei eine deutliche Steigerung zu verzeichnen. Durch das Projekt GRAMARK habe in enger Zusammenarbeit mit dem Projekt EURES 1.500 Menschen einen Arbeitsplatz vermittelt werden können.

Man müsse aber neben diesen Projekten die bisher getrennten Wirtschaftsräume auf deutscher beziehungsweise dänischer Seite stärker miteinander verschränken. Eine deutsch-dänische Wirtschaftsregion könne hier einen deutlichen Schritt vorwärts bedeuten.

Die beiden Beauftragten seien in ihrer Analyse zu dem Schluss gekommen, dass einige Aufgaben Zeit zur Umsetzung benötigten. Vor diesem Hintergrund sei man übereingekommen, die deutsch-dänische Arbeitsgruppe Anfang 2007 erneut zusammentreten zu lassen, um über weitere Aktivitäten zu beraten. Dies könnte der geeignete Zeitpunkt sein, um eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Auf eine Nachfrage der Abg. Spoorendonk erläutert AL Musiolek, es gebe seit Mai eine steuerliche Beratungsstelle in Tondern und in Leck. AL Musiolek bietet an, eine Übersicht über die institutionelle Gestaltung und personelle Ausstattung nachzuliefern.

Abg. Franzen führt aus, man habe in dem Bericht keine Vision entwickelt, sondern die Situation dargestellt, wie sie sei, besonders auch die bestehenden bürokratischen Hürden. Sie weist darauf hin, dass das Projekt GRAMARK nur mit zwei Mitarbeiterinnen durchgeführt werde, die jeweils eine halbe Stelle besetzten. Der Bericht der Arbeitsgruppe trage zur besseren In-

formation der Pendlerinnen und Pendler bei, man sei aus ihrer Sicht aber noch weit davon entfernt, bürokratische und rechtliche Hürden beseitigt zu haben.

Abg. Ritzek schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an und betont, es sei wichtig, dass die Informationen über Beratungsmöglichkeiten auch die betroffenen Bürger erreichten.

Abg. Spoorendonk hebt hervor, ein wichtiger Aspekt des vorliegenden Berichts sei gewesen, die derzeitige Situation darzustellen. Sie möchte wissen, inwiefern die Landesregierung eine Aktive Rolle in der Umsetzung und Evaluation der Projekte sehe und welche Schritte sie unternehmen wolle, um zum Beispiel in Deutschland die Sprachkenntnisse in Dänisch zu verbessern. Ein weiterer wichtiger Bereich sei in diesem Zusammenhang auch die Steuergesetzgebung.

AL Musiolek führt aus, dass die Landesregierung nur auf einige Aspekte Einfluss habe, nicht aber zum Beispiel auf die Steuergesetzgebung in Dänemark oder auf das Krankenversicherungswesen. Im kommenden Jahr werde man sich von Regierungsseite erneut mit dem Thema beschäftigen und bisherige Ergebnisse evaluieren. Im Hinblick auf die steuerliche Beratung führt er aus, dass die Landesregierung dort sehr aktiv sei, Umfragen hätten aber gezeigt, dass dies nicht das zentrale Informationsanliegen der Bürger sei. Die Förderung von Sprachkompetenzen sei nach wie vor ein zentrales Thema.

Abg. Spoorendonk regt an, eine starke Kooperation zwischen den verschiedenen Grenzpendlerportalen zu schaffen und eine Verlinkung miteinander anzustreben. – AL Musiolek pflichtet ihr in diesem Punkt bei und fügt hinzu, insgesamt wichtig für die Belebung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes sei eine gemeinsame Wirtschaftsregion, die ihrerseits positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben könne.

Abg. Fischer hebt hervor, der Bericht zeige, dass das Thema auch auf Bundesebene Bedeutung habe.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Masterplan für den Norden

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/653

(überwiesen am 24. März 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss)

Abg. Fischer schlägt vor, den Antrag abzulehnen, da dieser sehr weit reiche und aus europapolitischer Sicht nicht unterstützt werden könne.

Abg. Hamerich schließt sich der Empfehlung des Abg. Fischer an.

Der Europaausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP, den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Masterplan für den Norden, Drucksache 16/653, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Nutzung des EU-Programms Marco Polo II (2007 - 2013)

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/861

(überwiesen am 29. Juni 2006 an den **Wirtschaftsausschuss** und an den Europausschuss)

Abg. Fischer schlägt vor, den Antrag abzulehnen, weil seiner Ansicht nach die gleichen Kriterien für eine Zustimmung auch für alle anderen Förderprogramme angelegt werden müssten. Man gehe davon aus, dass sich die Landesregierung bemühe, alle für Schleswig-Holstein wichtigen Förderprogramme zu unterstützen. Der Antrag könne inhaltlich generell unterstützt werden, eine Spezifizierung aber nur auf ein EU-Programm sei nicht einzusehen.

Der Europaausschuss empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/861, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Weiterentwicklung der EU-Programme für ländliche Räume, Umwelt und Landwirtschaft

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/826

(überwiesen am 30. Juni 2006 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Europaausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Ostseebericht der Landesregierung

Drucksache 16/890

hierzu: Umdruck 16/937

Der Europaausschuss nimmt den Ostseebericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin